Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 79 (1985)

Heft: 10

Vereinsnachrichten: Aus unseren Vereinigungen : Monatszusammenkunft der Religiös-sozialen Vereinigung vom 31. August 1985

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

derem Interesse lese ich jeweils die «Zeichen der Zeit» von Willy Spieler, denen ich meistens vollumfänglich zustimmen kann.

Was nun aber den dritten Teil der «Zeichen der Zeit» im Juniheft betrifft, nämlich «Nach dem Tod im Stadion», so muss ich meinem Erstaunen Ausdruck geben, dass hier die Greueltaten einer neofaschistischen Nazigruppe – um die es sich ja offensichtlich bei den Mördern im Heysel-Stadion handelte – so quasi entschuldigt werden durch die «böse Maggie» in London. Sicher, Frau Thatcher ist mir als engagiertem Sozialdemokraten alles andere als sympathisch, und wenn ich Engländer wäre, würde ich ihr nie und nimmer die Stimme geben. Aber in diesem Falle ist es nun doch offenbar so, dass die Stadion-Mörder nicht arme, arbeitslose Jugendliche waren (diese hätten sich sicher keine Reise nach Bruxelles leisten können), sondern jugendliche Neonazis, denen es offenbar am Geld nicht gefehlt hat. Wenn man diese Verbrechen mit der Wirtschaftspolitik der «Iron-Lady» entschuldigen will, dann müsste man wohl die kürzlich erfolgten schweren Misshandlungen eines wehrlosen Tamilenflüchtlings in Brugg durch Neonazi-Jugendliche auch auf ähnliche Art erklären oder entschuldigen. Und das kann und will ich nicht, und die «Neuen Wege» sollten es auch nicht tun.

Andreas Burckhardt

Aus unseren Vereinigungen

Monatszusammenkunft der Religiös-sozialen Vereinigung vom 31. August 1985

Eva Lezzi, die Administratorin der «Neuen Wege», hatte sich bereit erklärt, uns aus ihren Lebenserfahrungen zu erzählen. Ihr Bericht bewegte die Zuhörer, ganz besonders natürlich diejenigen, die ihre Mutter Dora Staudinger oder ihren vor bald dreissig Jahren tödlich verunglückten Ehemann Max noch gekannt hatten.

Besonderen Eindruck machte auf uns die Darstellung jener fünf Jahre ihres Lebens, während denen sie mit ihrem Mann, mit zwei weiteren jungen Ehepaaren und andern zusammen auf dem «Werkhof» in Rüschlikon, einem vom Nidelbad gepachteten Bauernhof, in Gütergemeinschaft lebte und dabei sehr hart arbeiten musste. Trotz der dort herrschenden Armut stand die Türe im Werkhof immer offen für Besucher, Arbeitslose, Pflegekinder und jüdische Flüchtlinge. Gusti Karrer, der sich später mit seiner Frau und bald auch einem Kind dieser Arbeits- und Gütergemeinschaft anschloss, berichtete über diese Zeit: «Wir waren arm, aber es war schön.»

Zu ihrem Entschluss, auf eine noch ferne sozialistische Gesellschaft nicht bloss politisch hinzuarbeiten, sondern bereits in der Gegenwart zu versuchen, sozialistisch zu leben, wurden sie angeregt vom Kreis um Leonhard Ragaz, vom Bruderhof (damals in der Rhön bei Fulda) unter der Leitung von Eberhard Arnold und von Gustav Landauers Schrift «Beginnen!» Leider konnte das Experiment nicht fortgesetzt werden. Zwar liess sich nach Ablauf des Pachtvertrages ein anderer geeigneter Bauernhof ob Wädenswil finden, doch die zum Erwerb notwendige Summe von 20'000 Franken konnte damals von den Gesinnungsfreunden nicht zusammengebracht werden.

Der Bericht von Eva Lezzi konfrontierte uns wieder mit der Frage, wie weit es uns möglich ist, unser Leben mit unserem Denken und Glauben in Übereinstimmung zu bringen.

Ausserdem unterschrieben die Anwesenden Grusskarten an sechzehn aus der «Friedenszeitung» uns namentlich bekannte Militärdienstverweigerer, die zur Zeit in verschiedenen Gefängnissen unseres Landes dafür «büssen», dass sie versuchten, ihr Verhalten mit ihrem Gewissen in Einklang zu bringen. Mit unserem Gruss wollten wir ihnen unsere Solidarität bezeugen.

Und schliesslich beschlossen wir, im Rahmen der Vernehmlassung zum Bericht der Kommission Barras über eine sogenannte «Entkriminalisierung» der Militärdienstverweigerer dem EMD folgenden Brief zu schreiben:

Betrifft: Vorschläge der Kommission Barras zur Änderung des Militärstrafgesetzes

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, die seit mehr als 60 Jahren besteht und deren Mitbegründer der bekannte Zürcher Theologieprofessor Leonhard Ragaz war, hat an ihrer Zusammenkunft vom 31. August 1985 zu den Vorschlägen der Kommission Barras wie folgt Stellung genommen:

Für alle Schweizer gehört der Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu den Grundpfeilern unseres Staates.

Angesichts der weltweiten Aufrüstung wird es einer stets wachsenden Zahl unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen klar, dass die Menschenrechte nicht mit militärischen Mitteln verteidigt werden können, sondern dass Militärgewalt und Menschenrecht sich gegenseitig ausschliessen. Als Folge dieser Einsicht verweigern jedes Jahr Hunderte unserer Mitbürger den Militärdienst. Wenn wir den Ruf als ein Land der Menschenrechte in der Welt nicht verlieren wollen, müssen wir solche Menschen respektieren und nicht verurteilen.

Es widerspricht den Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention und jedem gesunden Rechtsempfinden, wenn weiterhin Militärgerichte an Stelle von unparteiischen zivilen Kommissionen die Anträge von Militärverweigerern überprüfen, denn damit sind sie ja Richter in eigener Sache.

Ferner kann unserer Überzeugung nach das Gewissen nicht unterteilt werden. Wer seinen schwerwiegenden Gewissensentscheid politisch begründet, ist genauso zu respektieren wie derjenige, der sich mit religiösen oder ethischen Begriffen zu erklären versucht.

Wer den Militärdienst verweigert, tut es aus der Überzeugung, auf andere Weise dem Frieden dienen zu können. Darum sollte den Verweigerern die Möglichkeit geboten werden, einen alternativen Dienst zu verwirklichen, d.h. beim Abbauen jeglicher Form des Unfriedens, also auch von sozialen und politischen Konflikten, mithelfen zu können. Nach ihren Vorstellungen ist dies möglich beim Einsatz für Randgruppen, z.B. Hilfe für Bergbauern, Betreuung von Alten, Kranken, Drogensüchtigen, Arbeitslosen, ausländischen Arbeitern, Asylbewerbern und anderen. Solche Tätigkeit könnte auch in bestehenden gemeinnützigen Organisationen ausgeführt werden. Es brauchte dazu keine besonderen vom Bund organisierten Arbeitslager.

Da diese Verweigerer in ihrem Gewissensentscheid respektiert und nicht bestraft werden sollten, müsste ihr alternativer Dienst auch nicht länger dauern als der entsprechende Militärdienst. Was die «Tatbeweis-Initiative» verlangte, nämlich ein anderthalbmal längerer Zivildienst, war ein Kompromissvorschlag und nicht Ausdruck unseres Rechtsempfindens.

Aus all diesen Gründen lehnen wir die Vorschläge der Kommission Barras mit Entschiedenheit ab. Die Nationalräte Heiner Ott und Eva Segmüller, die ebenfalls dieser Kommission angehören, betrachten wir nicht als unsere Vertreter, auch wenn sie sich «Christen» nennen.

Hansheiri Zürrer

Hinweise auf Bücher

Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen, hg. vom Südafrikanischen Kirchenrat und von der Katholischen Bischofskonferenz im Südlichen Afrika. 75 Seiten, Fr. 4.–. Bezugsadresse: AAB (Anti-Apartheidbewegung), Leonhardstrasse 19, Postfach, 8023 Zürich (hier ist auch eine *Kurzfassung* dieses Berichts erhältlich).

Zwangsumsiedlungen sind ein bisher kaum bekannter Aspekt der Rassentrennungspolitik in Südafrika. Sie gehören jedoch zum Grundbestand langfristiger rassistischer Zukunftsplanung; die schwarze Bevölkerung soll in zehn voneinander getrennte Gemeinschaften (Bantustans) aufgeteilt und so von «weissen» Wohngebieten getrennt werden. Die entsprechenden Territorien machen nur 13 Prozent des südafrikanischen Staatsgebietes aus und bestehen zum grossen Teil aus minderwertigem Land mit geringen infrastrukturellen Voraussetzungen. Seit Beginn der 60er Jahre wurden schon ca. 3 Millionen Menschen umgesiedelt; für 2 Millionen ist die Zwangsumsiedlung noch geplant.

Der Bericht der Kirchen nennt konkrete Beispiele für solche Zwangsumsiedlungen und analysiert die Gründe für diese Politik der südafrikanischen Regierung: das südafrikanische Wirtschaftssystem, das mittels der Apartheid die schwarze Bevölkerung zu billigen Arbeitskräften macht und alle, die im Produktionsprozess nicht verwertbar sind, möglichst abschiebt; die zur Erhaltung dieses profitablen Systems notwendige politische Vorherrschaft der Weissen, die durch die Schein-Autonomie der Bantustans legitimiert werden kann; und schliesslich die Ideologie der nationalen Sicherheit nach südafrikanischem Muster, die Rassismus, Antikommunismus und Nationalismus der Afrikaaner (weisse Buren) zu einer aggressiven Mischung verbindet.

Die Parteinahme der Kirchen angesichts dieser menschenverachtenden Politik ist eindeutig: «Wir geloben, uns den Zwangsumsiedlungen zu widersetzen und diejenigen zu unterstützen, die nicht zur Umsiedlung gezwungen werden wollen oder wegen einer Zwangsumsiedlung zu leiden haben. Wir rufen alle Christen und anderen Menschen guten Willens auf, sich uns anzuschliessen.»

Dem Bericht der Kirchen, der in Analyse und Option an Klarheit nichts zu wünschen übriglässt, ist eine weite Verbreitung und gründliche Bearbeitung in christlichen Gemeinden zu wünschen: nicht nur wegen seines hohen Informationswertes, sondern vor allem, weil er zur Solidarität mit den Christen anstiften kann, die in Südafrika gegen Unrecht und Unterdrückung kämpfen.

Florian Flohr